

Stellungnahmen der LAG Tierschutzpolitik

Positionspapier zum Umgang mit der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest

Das Wildschwein als Sündenbock – überlegtes und zielführendes Vorgehen

Bei der Afrikanischen Schweinepest (ASP) handelt es sich um eine Tierseuche, von der Haus- und Wildschweine betroffen sind. Für andere Tierarten oder den Menschen ist die ASP ungefährlich. Der Ursprung der ASP liegt auf dem afrikanischen Kontinent, von wo aus das Virus im Jahr 2017 wahrscheinlich über ein Schiff nach Georgien eingeschleppt worden ist. In den folgenden Jahren kam es zu einer sprunghaften Ausbreitung über Armenien, Aserbaidschan, Russland, die Ukraine und Weißrussland. Nach Auftreten der ASP im Baltikum und in Polen, wurde das Virus im Juni 2017 auch erstmals in Tschechien festgestellt. In Mitteleuropa erfolgt die Übertragung durch direkten Kontakt von Tier zu Tier, über den Kontakt eines Tieres zu tierischen Produkten oder über Speiseabfälle.

Zwischen den Ausbreitungsgebieten liegen Distanzen, die kein Wildschwein zurücklegen kann. Die Ausbreitungssprünge entlang der Transitwege zeigen, dass das größte Verbreitungsrisiko vom Menschen und nicht vom Wildschwein ausgeht.

Das Friedrich-Loeffler-Institut (FLI), Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit, stuft daher das Risiko für den Eintrag der ASP nach Deutschland durch direkten Kontakt zwischen Wildschweinen als „mäßig“ ein. Mit „hoch“ bewertet das FLI hingegen das Risiko einer Einschleppung über Personen und Fahrzeuge. Besonders gefährlich sind hierbei unkontrolliert aus dem Ausland eingeführte Fleisch- und Wursterzeugnisse, die beispielsweise unbedacht an Rastplätzen von Fernfahrern oder Reisenden zurückgelassen und anschließend von Wildschweinen gefunden werden.

Auch der Jagdtourismus in betroffene Länder gilt laut FLI als Einschleppungsrisiko.

Nun stellt sich die Frage, warum trotz dieser Erkenntnisse das Wildschwein als Überträger gebrandmarkt und somit Ursache allen Übels sein soll. Plötzlich wurde als wichtigste Maßnahme im Kampf gegen die Afrikanische Schweinepest eine drastische Reduktion der Wildschweinbestände hierzulande gefordert.

Der baden-württembergische Landwirtschaftsminister Hauk spricht davon, dass die Wildschweinpopulation um 70 Prozent reduziert werden müsse. Baden-Württemberg änderte dazu das Jagdrecht, hob unter anderem die Schonzeit für Wildschweine gänzlich auf und erlaubte den Einsatz technischer Hilfsmittel wie Nachtsichtgeräte. Auch der Elterntierschutz wurde

geloockert. So ordnete das baden-württembergische Ministerium für ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) an, dass für einen gewissen Zeitraum der fahrlässige Abschuss einer führenden Bache im Rahmen von Bewegungsjagden nicht mehr als Ordnungswidrigkeit zu verfolgen ist.

Abgesehen davon, dass eine Reduktion der Wildschweinbestände um 70 Prozent völlig unrealistisch ist, muss auch die Sinnhaftigkeit solch einer Maßnahme bezweifelt werden.

Wildschweine leben sehr gebietsbezogen. Damit sind sie definitiv nicht Hauptursache der Ausbreitung der ASP. Dies zeigt auch die sprunghafte Verbreitung des Virus seit der Einschleppung in Russland und Osteuropa. Vielmehr wird das Virus in der Regel über Transportwege durch den Menschen weiterverbreitet. Experten sind sich einig, dass eine direkte Übertragung des Virus vom Wild- auf das Hausschwein angesichts der hiesigen seuchenhygienischen Standards nahezu ausgeschlossen ist. Wichtig sind hier natürlich geeignete Biosicherheitsmaßnahmen für Betriebe mit Schweinehaltung. Bauliche Maßnahmen der Biosicherheit von Schweineställen können im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) gefördert werden. Diese Maßnahmen sind zur Vermeidung einer Ausbreitung des Virus auf Hausschweine deutlich wirksamer als der massenhafte Abschuss von Wildschweinen. Ferner gibt es keine genauen Angaben zur Zahl der Wildschweine in Deutschland: Daher weiß niemand, wie viele Tiere überhaupt geschossen werden müssten, um die Population um 70 % zu reduzieren.

Derzeit wird die Angst vor der Einschleppung der ASP instrumentalisiert, um von den eigentlichen Problemen abzulenken. Das wahre Problem ist ein strukturelles und hängt mit der Globalisierung und der Exportorientierung der deutschen Fleischwirtschaft zusammen.

Bei der Panikmache in Zusammenhang mit der ASP steht eines klar im Vordergrund: die Angst vor Milliardenverlusten der Deutschen Schweinefleischindustrie. Sollte in Deutschland ein einziger Fall der ASP amtlich festgestellt werden, würden Exportstopps verhängt, die die extrem exportabhängige deutsche Schweinefleischindustrie ins Wanken bringen könnten.

Deutschland ist der weltweit größte Exporteur von Schweinefleisch. Laut Statistischem Bundesamt betrug die Schlachtmenge im Jahr 2017 5 453 789 Tonnen Schweinefleisch.

1 817 970 Tonnen und damit 1/3 der Schlachtmenge wurden exportiert. Wichtigster Absatzmarkt ist hierbei China.

Diese Zahlen veranschaulichen, wie dramatisch der Ausbruch der ASP für die deutsche Schweinefleischindustrie wäre. Exportstopps würden zu einem Überangebot und damit zu einem drastischen Preisverfall mit existenzieller Bedrohung der Schweinemastbetriebe führen. Der Stau überzähliger Tiere in den Tierhaltungen hätte zudem gravierende Tierschutzprobleme zu Folge. Diese hohen Risiken für die Betriebe und die Tiere können nur durch eine Abkehr von der Exportorientierung der deutschen Fleischindustrie verringert werden.

Durch die grassierende Angst vor der ASP wird Forderungen der Jägerlobby entsprochen die nach dem Jagd- und Wildtiermanagementgesetz sonst nicht durchsetzbar gewesen wären.

Beispielsweise wird der Einsatz künstlicher Lichtquellen zugelassen, obwohl dies die Nachtruhe vieler im Wald lebender Tiere stark beeinträchtigen wird.

Selbst Tabus wie der Schutz von Elterntieren werden gebrochen. Dabei wird außer Acht gelassen, dass gerade der Abschuss einer führenden Bache zur Zerstreung der Rotte führt, da

führungslöse Frischlinge größere Distanzen zurücklegen. Dies bedeutet im Falle der Infektion eines Tieres eine stärkere Ausbreitung des Virus und ist somit kontraproduktiv.

Bei der ganzen Diskussion über die hohen Wildschweinbestände hierzulande darf nicht außer Acht gelassen werden, dass ein wesentlicher Grund dafür der überdimensionierte großflächige Mais- und Rapsanbau darstellt, der den Tieren bestes Futter bzw. gute Verstecke bietet. Nur mit einem langfristigen Konzept können die Bestände dauerhaft verringert werden. Dazu gehört auch eine strukturelle Veränderung der Landwirtschaft, um Futterquellen und Versteckmöglichkeiten deutlich zu reduzieren,

Die LAG Tierschutzpolitik setzt sich dafür ein, dass der nicht zielführende Aktionismus in Zusammenhang mit der ASP beendet wird und anstelle von Panikmache durchdachte und langfristige Lösungen angestrebt werden. Sie müssen auch die Weiterentwicklung und Verbreitung von tiergerechten Haltungsmöglichkeiten einschließlich von Ausläufen ins Freie beinhalten. Die ASP darf nicht als Vorwand dienen, um Aspekte des Tierschutzes bei der Jagd oder bei der landwirtschaftlichen Tierhaltung außer Acht zu lassen. Deshalb darf die ASP auch nicht als vorgeschobenes Argument gegen Freilandhaltungen von Schweinen verwendet werden.

Wir fordern deshalb:

- Beibehaltung der Schonzeit für Wildschweine
- Keine Lockerung des Elterntierschutzes
- Keine Aufhebung des Verbots technischer Hilfsmittel bei der Nachtjagd
- Verzicht der Fallenjagd auf Wildschweine (Saufänge)
- Kein Schießen aus Fahrzeugen
- Keine verstärkten Kurrungen
- Stärkere Kontrollen des Jagdtourismus in die von der ASP betroffenen Länder
- Förderung von Forschungsvorhaben zur Entwicklung eines Impfstoffs
- Sensibilisierung von Fernfahrern und Reisenden hinsichtlich der Entsorgung von Essensresten
- Bessere Ausstattung von Autobahnraststätten: insbesondere Wildschweinsichere Umzäunung und Mülleimer mit Deckel
- Unterstützung von Bauern bei der Schweine-Freilandhaltung mit Investitionshilfen, z.B. für wildschweinsichere Einzäunung
- Strukturwandel in der Landwirtschaft: Reduzierung des Raps- und Maisanbaus mit entsprechender Unterstützung für die betroffenen Landwirte, wodurch auch längerfristig die Wildschweinbestände reduziert werden.
- Abkehr von der Exportorientierung der deutschen Fleischindustrie